

**KAPITEL 01**

---

# **GUTES ESSEN.**

---



Damit eine ökologisch und sozial nachhaltige  
Landwirtschaft Zukunft hat!

## 1. GUTES ESSEN

### Damit eine ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft Zukunft hat!

Gutes Essen ist für viele Menschen ein Teil ihrer regionalen Identität. Sie möchten wissen, wo ihr Essen herkommt und wie es produziert wird. Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Im Supermarkt oder in der Kantine sind Herkunft und Herstellung der Produkte oftmals nicht ersichtlich. Im eng getakteten Alltag bleibt dann meist nichts anderes übrig, als zum gerade verfügbaren undurchsichtigen Produkt zu greifen. Gerade in einem landwirtschaftlich geprägten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern sollten mehr Produkte angeboten werden, die klar erkennbar fair, regional, umweltschonend und ohne Tierleid erzeugt wurden. Voraussetzung für ein solches Angebot ist eine vielfältige, ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft. Eine solche Landwirtschaft zu stärken, ist eines der zentralen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Noch dominieren andere Verhältnisse. Viele Agrarbetriebe, gerade in der Milch- und Schweinewirtschaft, kämpfen aktuell ums Überleben. Ihre Existenz wird durch eine Agrarpolitik bedroht, die auf den Export billiger Massenware setzt. Um zu überleben, müssen die Betriebe immer weiter wachsen und ihre Produktion rationalisieren. Dabei gibt es zahlreiche Verlierer. Seit 2007 mussten in unserem Bundesland von 5.400 Agrarbetrieben 700 Betriebe aufgeben.

Mecklenburg-Vorpommern ist von der großräumigen Landwirtschaft geprägt, wie kaum ein anderes Bundesland. 70 Prozent der Nutzfläche werden von Betrieben bewirtschaftet, die größer als 500 Hektar sind. Auf 100 Hektar Nutzfläche kommen in unserem Land nur noch rund 1,3 Arbeitsplätze – so wenig wie in keinem anderen Bundesland – während es bundesweit durchschnittlich 3,3 Arbeitsplätze sind. Die Bruttowertschöpfung je Hektar ist in Mecklenburg-Vorpommern jedoch nur halb so hoch wie in Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Der Grund liegt hier in der Konzentration auf die Erzeugung weniger, vergleichsweise billiger Massenprodukte, wie Raps, Getreide oder Fleisch in großen Produktionseinheiten. Dem gegenüber werden Kartoffeln nur noch auf 1,3 Prozent, Gemüse auf nur 0,2 Prozent der Ackerfläche angebaut.

Jedes Jahr werden in Mecklenburg-Vorpommern aus Angst vor Ernte- und Einkommensausfällen viele Tonnen Pestizide auf den Feldern versprüht – darunter auch Glyphosat, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein.

Da durch nicht tiergemäße Haltung der Nutztiere permanent eine hohe Ansteckungsgefahr besteht, werden in der industriellen Tierhaltung kontinuierlich und prophylaktisch Antibiotika eingesetzt. Unser Land braucht eine Abkehr von der industriellen Tierhaltung, eine konsequente Förderung des Bio-Landbaus und eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe.

Die regionale Erzeugung und Vermarktung sowie die heimische Veredelung der Produkte bieten die Grundlage für krisenfestere Einkommen der Betriebe und mehr Arbeitsplätze. So können Dörfer belebt, Erholungsräume geschaffen, die Kulturlandschaft gepflegt und die vielfältige Natur auch für nachfolgende Generationen erhalten werden.

Darum setzen wir GRÜNE uns für eine Landwirtschaftspolitik ein, die eine vielfältigere und bäuerliche Landwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung fördert.

Wir werden den Dialog mit den konventionell wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten intensivieren, denn nur gemeinsam ist eine industrielle Landwirtschaft zu stoppen und das „Höfesterben“ aufzuhalten.

---

## 1.1 Gutes Essen von Anfang an

Umfragen ergaben: Die Mehrheit der Kinder, Schülerinnen und Schüler und Eltern bezeichnet die Verpflegung in Befragungen als wenig attraktiv. Dabei ist eine gesunde, abwechslungsreiche Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen, die alle Kinder und Jugendlichen erreicht, wichtig. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat praxistaugliche Qualitätsstandards für die Schulverpflegung entwickelt. Doch kaum ein Schul- oder Kindergartenträger in Mecklenburg-Vorpommern setzt diese Standards um.

### Deshalb wollen wir:

- einen Landesfond in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr zur Unterstützung der Essensanbieter, um die Umstellung der Küchen auf die Anforderungen des DGE-Standards zu realisieren. Die gesunde und abwechslungsreiche Schul- und Kitaverpflegung durch die Caterer und Küchen soll auch der Förderung der Nutzung von regionalen, nachhaltigen Produkten dienen.
- bis 2020 alle Kindergärten (Kita) und Schulen in die Lage versetzen, das Qualitätszertifikat der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) erwerben zu können.
- die jährliche Veröffentlichung der Ergebnisse der Hygienekontrollen von Kindergärten und Schulen mit eigenen Küchen.
- ein Förderprogramm für Kita- und Schulgärten.
- die finanzielle Unterstützung durch die europäischen Schulmilch- und Schulobstprogramme nutzen und flächendeckend für eine gesunde Ernährung an Schulen und Kitas im Land einsetzen.

---

## 1.2 Industrielle Tierhaltung stoppen

In Mecklenburg-Vorpommern leben über zwölf Millionen Tiere in über 550 industriellen Tierhaltungsanlagen. Die hiesigen Anlagen gehören zu den größten Deutschlands. So hält hier ein Betrieb mit Schweinebestand durchschnittlich 4.700 Tiere. In Niedersachsen sind es hingegen nur 1.280 Tiere. Die Haltungsbedingungen sind auf den maximalen Ertrag und nicht auf eine tiergemäße Haltung ausgelegt. Das oft überzüchtete Geflügel kann kaum sein eigenes Gewicht tragen, immer noch werden trächtige Rinder geschlachtet, werden Ringelschwänze, Zähne oder Schnäbel gestutzt und Ferkel ohne Betäubung kastriert. Das Kraftfutter stammt zum großen Teil aus Übersee und wird über den halben Globus zu den hiesigen Ställen transportiert. Die Verwendung von gentechnisch verändertem Soja ist dabei schon lange Standard. Doch nicht nur die Tiere, auch die Anwohnerinnen und Anwohner in der Nähe der großen Ställe leiden: unter der enormen Geruchsbelästigung, unter den Gefahren multiresistenter Keime und den Tier- und Gülletransporten auf den Dorfstraßen. Übermäßige Gärreste aus Biogasanlagen und Gülle belasten Böden, Grundwasser, Seen und Flüsse.

Eine Agrarpolitik, die eine solche Tierhaltung fördert, führt die Landwirtschaft in eine Sackgasse. Sie zwingt Betriebe zu expandieren und auf Masse statt Klasse zu setzen. Die Tierhaltungsbetriebe geraten auf diese Weise immer mehr in die Abhängigkeit von Handel, Schlachtereien und Molkereien, die die Preise diktieren. Gerade auf dem Milchmarkt ist der Verdrängungskampf in vollem Gange. Die Erzeugung von immer mehr Milch durch immer mehr Hochleistungskühe konzentriert sich auf immer weniger Betriebe.

Eine tiergemäße Landwirtschaft heißt für uns, dass jedes Nutztier über ausreichend Platz und Auslauf verfügt und seine tiergemäßen Verhaltensweisen ausleben kann.

### **Deswegen fordern wir:**

- Fördermittel der Europäischen Union, sowie Mittel des Landes und des Bundes, ausschließlich für besonders tiergemäße Haltungsformen freizugeben, bei denen überwiegend eigene Futtererzeugung und Auslauf für die Tiere gegeben sind.
- Tierbestandsobergrenzen unter Beachtung der regionalen ökologischen Belastungsgrenzen von Boden, Wasser und umgebenden Lebensräumen einzuführen.
- ein landesweites, transparentes Nährstoff-Kataster einzuführen, um den „Gülle-Tourismus“ einzudämmen und Belastungen des Grund- und Oberflächenwassers zu reduzieren.
- die Vorschriften für den Brandschutz in Tierhaltungsanlagen und damit die Bedingungen für die Rettung der Tiere im Brandfall zu verbessern.
- den Anbau von Eiweißpflanzen als Alternative zum Gen-Soja zu fördern.
- ein Schlachtverbot für trächtige Rinder und ein Verbot für das Kürzen von Schwänzen und Schnäbeln.
- ein Einspruchsrecht der Kommunen gegen die Errichtung von industriellen Tierhaltungsanlagen.
- ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einzuführen.

---

## **1.3 Ökolandbau und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern**

Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die zum Gesundheits- und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern passt. Doch während in den letzten Jahren bundesweit die Nachfrage nach regional und biologisch erzeugten Produkten rasant gestiegen ist, profitieren die Betriebe hierzulande nicht davon. Seit zehn Jahren verharrt der Anteil des Ökolandbaus an der gesamten Landwirtschaftsfläche bei neun Prozent. Mehr als 50 Prozent der hier verkauften Bioprodukte müssen eingeführt werden. Trotz einer nicht unerheblichen Menge von ökologisch erzeugten Landwirtschaftsprodukten werden diese größtenteils nicht im Land weiterverarbeitet. Zudem gibt es keine offensive Werbung und nur wenig organisatorische Unterstützung durch das Land, um Betrieben den Einstieg in den Ökolandbau und die Entstehung neuer Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu erleichtern.

Wir wollen die Wertschöpfung in der Region und im Land halten. Dazu müssen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, in denen Produktion, Verarbeitung und Vermarktung besser zusammengebracht werden. Wir unterstützen die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus, um so die Entwicklung neuer Angebote und Produkte in unserem Land zu fördern.

### **Deshalb machen wir uns stark für:**

- ein Landesaktionsprogramm zur Stärkung und Ausweitung des Ökolandbaus.
- den Aufbau eines „Landeskompetenzzentrums Ökolandbau“ mit dem Ziel, Beratung, Verarbeitung und Vermarktung auszuweiten und zu koordinieren und Praxis und Forschung zu vernetzen.
- den Ausbau der Agrarforschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft und die Einrichtung einer Professur für Ökolandbau sowie die prüfungsrelevante Vermittlung des Ökolandbaus in der Berufsausbildung.
- die Förderung von Modellprojekten zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Biobetrieben, örtlicher Gastronomie und öffentlichen Kantinen.
- eine Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsförderung für angehende und langfristig arbeitende Biobetriebe.
- die Gründung von Erzeugergemeinschaften und die Entwicklung regionaler Dachmarken für heimische Produkte.

- die Förderung der „Solidarischen Landwirtschaft“ mit dem Aufbau dahingehender Unterstützungsstrukturen, wie Fortbildung und Beratung und Begleitung, sowie die unbürokratisch und verbindliche Vereinfachung der Förderkriterien.
- die Erarbeitung von Konzepten zur Etablierung von Regionalwährungen zur Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

---

## 1.4 Bienen schützen, Kulturlandschaften erhalten

Rund 75 Prozent unserer Nutzpflanzen und viele Wildpflanzen sind auf die Bestäubung durch Bienen angewiesen. Ohne die Bienen könnte die Landwirtschaft kein Obst und Gemüse produzieren, wäre die Nahrungsmittelproduktion insgesamt kaum noch möglich. Doch unseren fleißigen Helferinnen geht es aktuell nicht gut. Agrochemikalien vergiften sie auf direktem Wege oder schwächen sie, wodurch sie anfälliger werden für Krankheiten oder Parasiten. Die ausgeräumten und überdüngten Agrarlandschaften mit ihren Monokulturen bieten den Bienen und vielen anderen Tieren nicht mehr genügend Nahrung und unbelasteten Lebensraum.

### **Zum Schutz der Bienen und für eine vielfältige, gesunde Kulturlandschaft fordern wir:**

- die Förderung von blütenreichen Wiesen und Feldkulturen, Hecken, sowie blütenreiche Rand- und Pufferstreifen an Ackerflächen.
- ein Verbot der Sikkation, das heißt des künstlichen Abtötens von Nutzpflanzen zum Zweck der einheitlichen Abreife.
- den Verzicht auf Ackergifte, chemisch-synthetische Düngemittel und den Einsatz von Gülle in Trinkwasserschutzgebieten.
- die landesweite Erfassung der Menge der ausgebrachten Pestizide einzuführen und die Wirkstoffmenge bei den in der Landwirtschaft eingesetzten chemischen Spritz- und Düngemitteln um 20 Prozent pro Hektar bis 2020 zu reduzieren.
- den Ausschluss von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln in NATURA 2000-Gebieten.
- ein flexibles Förderprogramm für flächendeckenden Naturschutz auf landwirtschaftlichen Flächen.
- ein konsequentes Verbot der Agrogentechnik, denn Pollen kennen keine Grenzen.

---

## 1.5 Boden erhalten und fair vergeben

Die Ausstattung der Landwirtschaftsbetriebe mit Boden ist die entscheidende Grundlage für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Doch Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger haben es schwer, an Flächen im Landesbesitz zu kommen. Landeseigene Flächen werden bisher überwiegend an Betriebe verpachtet, die in konventionelle Tierhaltung investieren. 2015 gingen von 6.608 Hektar auslaufenden Pachtverträgen nur 781 Hektar in die öffentliche Ausschreibung und davon wurden nur 194 Hektar an Biobetriebe vergeben. In der Folge fehlen im Land Betriebe mit breiter gefächerten und nachhaltigeren Geschäftsmodellen. Ein gesunder Mix an Betriebsformen ist aber Grundlage für möglichst viele Arbeitsplätze und die Voraussetzung für eine hohe Wertschöpfung in der Land- und Ernährungswirtschaft.

Doch nicht nur die Verteilung des Bodens unter den Agrarbetrieben, auch die Gesundheit der Böden ist für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Insbesondere der Humusgehalt der Böden bestimmt ihre Ertragskraft. Zudem ist Humus der bedeutendste Speicher für Kohlenstoff und somit für den Schutz des Klimas von herausragender Bedeutung. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es jedoch keine angemessene Schutzstrategie für die Böden. Durch eine zu intensive landwirtschaftliche Nutzung und die anschließende Erosion sowie durch Überbauung und Versiegelung gehen Jahr für Jahr große Mengen an einst fruchtbarem Boden verloren.

**Deshalb setzen für uns dafür ein, dass:**

- die lebenswichtige Ressource Boden in allen Bereichen der Landesentwicklung einen deutlich höheren Stellenwert erhält.
- Landesflächen nur noch an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet werden, die die Vielfalt unserer Feldkulturen und unserer Kulturlandschaft bereichern und nachweislich Arbeitsplätze schaffen. Erste Priorität sollen dabei Ökobetriebe, zweite Priorität eine auf regionalen Kreisläufen beruhende Landwirtschaft haben.
- ein umfassendes Landes-Bodenschutzprogramm umgesetzt wird.
- die Wiedervernässung von Mooren weiter gefördert wird.
- neue Siedlungs- und Verkehrsflächen nur noch geschaffen werden, wenn der Verlust an Naturflächen tatsächlich, das heißt nicht einfach durch Kompensationszahlungen, anderswo im Land ausgeglichen wird.

---

## 1.6 Verbraucherschutz hat Priorität

Wir wollen einen Verbraucherschutz, der uns Verbraucherinnen und Verbrauchern Orientierung in immer unübersichtlicheren Angeboten an Waren und Dienstleistungen bietet. Eine starke, unabhängige Beratung ist notwendiger denn je. Das Vorsorgeprinzip muss zudem konsequenter angewandt werden, um die Menschen wirksam vor gesundheitsschädlichen Stoffen zu schützen.

### 1.6.1 Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung minimieren

Die Nutztierhaltung verbraucht mehr Antibiotika als die Humanmedizin. Je mehr Tiere in einem Stall gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass im Krankheitsfall sehr schnell viele Tiere erkranken. Deshalb erhalten in Betrieben der industriellen Tierhaltung nicht selten die Tiere schon prophylaktisch Antibiotika. Dies fördert die Entstehung von resistenten Krankheitserregern, die auch für uns Menschen gefährlich werden können.

**Deshalb fordern wir:**

- neue Regeln für den Verkauf von Antibiotika. Tierärztinnen und Tierärzte sollten nicht mehr selbst Medikamente verkaufen dürfen. Damit werden Fehlanreize vermieden und die Einhaltung tiergemäßer Behandlungsrichtlinien befördert.
- auf Landesebene ein wirksames Antibiotika-Minderungsprogramm.
- eine Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierverordnung mit dem Ziel, eine tiergemäße Haltung von Nutztieren mit kleineren Beständen zu etablieren.
- eine Ausrichtung der Zuchtziele in der Nutztierhaltung an den Kriterien Robustheit und Gesundheit, statt an Hochleistung und Massenzuwachs.
- die Verpflichtung von Agrarbetrieben wirksame Abluftreinigungsanlagen bei industriellen Tierhaltungsanlagen einzusetzen.

### 1.6.2 Lebens- und Futtermittelkontrollen verbessern

Die stark arbeitsteilige, industrielle und global ausgerichtete Lebensmittelproduktion erhöht das Risiko von Lebensmittelskandalen. Die Handelswege der Rohstoffe sind oftmals nur schwer zu überblicken, wodurch die Rückverfolgbarkeit erschwert ist. Lebensmittelskandale führen zu großen Vertrauensverlusten bei uns Verbraucherinnen und Verbrauchern und wirken sich zugleich negativ auf das Image der Landwirtschaft aus. Darum wollen wir ein transparentes und wirksames Kontrollsystem einführen.

**Wir fordern deshalb:**

- wirksame Kontrollen auf allen Ebenen der Futter- und Lebensmittelproduktion, konsequentere Ahndung von Rechtsverstößen und Durchsetzung bestehender Vorschriften in industriellen Tierhaltungsbetrieben.
- die Untersuchung von Futter- und Lebensmitteln auf Keim-, Pestizid- und andere toxische Rückstände zu intensivieren.

**1.6.3 Transparenz und Information stärken**

Nur bei umfassender Information wirkt die Marktmacht von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern. Doch Informationsstellen sind rar und Informationen werden den Menschen noch zu oft vorenthalten.

**Deshalb treten wir dafür ein, dass:**

- Nahrungsmittel, besonders Fleisch, verarbeitete Eier und andere verarbeitete Produkte bezüglich der Herkunft, Haltungs- oder Anbauform verbraucherfreundlich gekennzeichnet werden.
- gut ausgestattete Beratungsstellen der Verbraucherzentrale in jedem Landkreis eingerichtet und kontinuierlich mit mindestens 1 Euro pro Einwohner und Jahr gefördert werden.
- sich die Kommunikation der Behörden verbessert, indem sie die Bürgerinnen und Bürger aktiv, beispielsweise über Kontrollergebnisse, informieren.